

Werner Rätz, Bonn

Eine andere Vollbeschäftigung: Im globalem Rahmen überhaupt denkbar?

0. Das Folgende ist keine umfassende Ausarbeitung für oder gegen eine globale Vollbeschäftigungsstrategie. Insbesondere empirisch wären dazu umfangreiche Recherchen nötig, die ich nicht leisten kann. Da ich aber die Überzeugung vertrete, dass reformerische Regulierungen aus sowohl moralischen wie politisch-ökonomischen Gründen nur noch global gedacht werden können, möchte ich ein paar Fragen entwickeln, die im Rahmen einer globalen Vollbeschäftigungsstrategie zu beantworten wären.

1. Was wäre globale Vollbeschäftigung?

Die europäische Union hat in ihrem Lissabon-Gipfel im März 2000 eine Marge von 70% der erwerbsfähigen Bevölkerung (d. h. derer, die älter als 15 und jünger als 65 Jahre sind) in Beschäftigung als „Vollbeschäftigung“ definiert. Das ist praktisch, weil es in so ziemlich jedem Bezugsrahmen erfüllt wird. In der BRD gibt es demnach gut 55 Mio. Erwerbsfähige, knapp 39 Mio. wären also davon 70%, real wurden gut 38 Mio. Erwerbstätige gezählt – Vollbeschäftigung, hurra! Darunter sind 27 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der Rest sind Beamte (2,3), Selbstständige (4,1) und geringfügig Beschäftigte (4,8).

Weltweit funktioniert das auch: Laut UN-Statistiken gab es Mitte 2004 knapp 6,4 Mrd. Menschen auf der Welt; davon waren 30% unter 15 und 7% über 65 Jahre alt, verblieben etwa 4 Mrd. Erwerbsfähige. Erwerbstätig waren laut Internationalem Arbeitsamt (ILO) 2,8 Mrd. = 70%. Bingo! Dabei sagt die ILO selbst: „In most of the developing world, ‘employment’ and ‘unemployment’ are crude measures of the state of people’s livelihoods and well-being. In developing countries most people simply cannot afford to be unemployed.“ Knapp die Hälfte der „Beschäftigten“ lebt unterhalb der UN-Armutsgrenze von 2 US\$ täglich, etwa 550 Mio unter 1 \$.

2. Wie entsteht oder wer schafft Vollbeschäftigung?

„Vollbeschäftigung“ ist also immer auch Gegenstand von Definitionen und eine umfassende Untersuchung müsste das in Rechnung ziehen, was ich hier jetzt nicht weiter tue. Vielmehr ist die Frage zu stellen, wie Vollbeschäftigung zu Stande kommt. Zuerst: Wie die Verrenkungen der ILO zeigen, ist der Begriff überhaupt nur sinnvoll anzuwenden, wenn wir von kapitalistischen Arbeitsmärkten reden. In Gesellschaften, in denen die Menschen ihre Gebrauchsgüter im Wesentlichen selbst herstellen, herrscht immer „Vollbeschäftigung“, d. h. alle arbeiten so lange, wie sie können und müssen, damit genügend Güter zur Verfügung stehen. „Vollbeschäftigung“ kann im Unterschied dazu nur heißen, dass alle diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, das auch erfolgreich bewerkstelligen können.

Dieser Zustand kann nur dann spontan auftreten, wenn die kaufkräftige Nachfrage das Arbeitskräfteangebot übersteigt. In Gesellschaften, die nur teilweise kapitalistisch funktionieren, in denen Menschen also noch in nennenswertem Umfang über eigene Einkommensquellen verfügen, kann das sein. In umfassend kapitalistisch organisierten Volkswirtschaften dagegen ist das ausgeschlossen. Kaufkraft kann dort nur aus der Wertproduktion stammen, also aus Arbeitslohn oder Mehrwertaneignung (bzw. seiner Umverteilung). Deshalb kann die Kaufkraft nicht höher sein als der Preis des gesamten auf

dem Markt befindlichen Produkts.

Vollbeschäftigung ist also immer auch Gegenstand und Ergebnis staatlicher Regulierung. Paradigmatisch formuliert etwa Daniel Kreutz, Referent für Sozialpolitik beim SoVD NRW: „Ich halte es für möglich – ja für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft für absolut notwendig -, mittels einer anderen, sozialstaatlich ausgerichteten Politik für Arbeitszeitverkürzung bei gesicherten Einkommen und für eine den Aufgaben entsprechende Instandsetzung der vorrangigen Sicherungssysteme die Massenarmut weitgehend abzubauen.“ In den allermeisten Ländern der Welt hat das nie geklappt. Wer es heute global erreichen wollte, müsste Mechanismen vorschlagen, wie eine solche weltweite Regulierung stattfinden soll und kann. Tatsächlich tut das niemand. Alle realen Vorschläge beziehen sich auf nationale Regulierungen, bestenfalls noch auf europäische. Wer ernsthaft weltweite Vollbeschäftigung erreichen, nicht nur postulieren will, muss die Akteure benennen, die das durchsetzen könnten und wollten.

3. Vollbeschäftigung im Interesse des Kapitals?

Mohssen Massarat setzt dabei auf das Kapital selbst (in SiG34). Zur Herstellung von Vollbeschäftigung schlägt er die Einführung der 30-Stundenwoche als europäisches Projekt vor. Dabei sei „Dreh- und Angelpunkt...die Wettbewerbsfähigkeit... Die humanitäre Alternative muss überzeugend dokumentieren, dass Wettbewerbsfähigkeit mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht im Widerspruch stehen muss. Die kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit auf die 30-Stunden-Woche ohne (bzw. mit gestaffeltem) Lohnausgleich bis 2010, d. h. weniger Erwerbsarbeit ohne zusätzliche Kosten für die Kapitalseite, aber auch für den öffentlichen Dienst als den größten Arbeitgeber, trägt sowohl dem Prinzip Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wie dem Interesse der öffentlichen Arbeitgeber Rechnung. Für private und öffentliche Arbeitgeber entstehen dadurch keine zusätzlichen Personalkosten. Die Alternative kostenneutrale Verkürzung der Erwerbsarbeit ist...in sich stimmig und auch realisierbar, ohne kapitalistische Rahmenbedingungen auf den Kopf stellen zu müssen.“

Der Osnabrücker Professor für Politikwissenschaft weiß wohl, dass auch eine Forderung nach AZV mit Lohnausgleich eine „rechnerisch und moralisch durchaus begründete Option“ ist, hält sie aber für politisch defensiv, „weil sie dem massiven Druck der neoliberalen Mega-Planiermaße und den Drohungen, Betriebe in alle Richtungen, erst nach Osteuropa und dann in den Süden, auszulagern, ökonomisch nichts entgegen setzt“. Dennoch schlägt er vor, dass die Beschäftigten die Umverteilung der Arbeitszeit komplett aus ihrem Einkommen selbst bezahlen sollen, damit das dann für das Kapital attraktiv wird. Außer dem rein europäisch begrenzten Blick wäre zu hinterfragen, ob sich hier die ganze Hoffnung auf die Kraft des besseren Arguments richtet oder ob da ökonomisch etwas dran ist, dass das Kapital Exitoptionen nur nutzt, wenn es inländisch nicht entlastet wird?

Mir scheint genau das Gegenteil richtig (so auch Joachim Hirsch in labournet und Karl-Heinz Roth in SiG). Die viel beschworene „Krise der Arbeitsgesellschaft“ geht auf immanente Widersprüche im Kapitalverhältnis zurück und nicht auf mangelnde oder falsche staatliche Regulierung. Das heißt nicht, dass solche Regulierungen grundsätzlich und für die Lebensverhältnisse der Betroffenen keinen Unterschied machen würden. Aber die neuen Formen internationaler Produktion und die Etablierung globaler Wertschöpfungsketten erlauben dem Kapital eine zunehmende Befreiung aus der Abhängigkeit von nationalen Märkten. Damit vertiefen sich die ohnehin vorhandenen Spaltungen der Lohnabhängigen

sowohl im nationalen wie im weltweiten Rahmen.

Stand für das Einzelkapital schon immer die Frage seiner eigenen Kostenstruktur in der Konkurrenz im Vordergrund, so gibt es heute auch aus gesamtkapitalistischer Sicht immer weniger Gründe für eine Politik der Vollbeschäftigung und des fordistischen Klassenkompromisses. Vielmehr gelingt es weitgehend die Lohnabhängigen weltweit so in Konkurrenz miteinander zu setzen, dass die massenhafte Wiederetablierung von prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeitverlängerungen auch in den industriellen Zentren möglich wird. Die so erreichte Veränderung der Kräfteverhältnisse schafft die Voraussetzungen zur Durchsetzung umfassender Rationalisierungen. Die industrielle Reservearmee nimmt die Form der „überflüssigen Bevölkerung“ an, die Fernando Huidobro, Tupamaro aus Uruguay, schon vor über einem Jahrzehnt auf mindestens ein Milliarde Menschen schätzte, die für die profitable Reproduktion des Kapitals nicht mehr gebraucht würden.

Das mag in dieser absoluten Form übertrieben sein, schließlich sind weltweit auch die Ärmsten fast immer irgendwie in das Profisystem eingebunden. Aber nichts spricht dafür, dass es gegenwärtig relevante Kapitalgruppen gäbe, die in großem Umfang unter Mangel an Arbeitskräften leiden und die deshalb ein eigenes Interesse an sozialstaatlichen Regelungen entwickeln könnten. Die Klage über „Facharbeitermangel“ bezieht sich zum einen nicht auf viele Millionen benötigte Leute und zielt zum anderen vor allem darauf, dass es diese qualifizierten Kräfte nicht überall, also nicht in beliebig ausnutzbarer Konkurrenz, gibt.

Zurück zur Frage nach einer weltweiten Regulierung zum Zweck der Vollbeschäftigung: Ihr fehlt nicht nur der Akteur – es wäre hier noch zu zeigen, dass auch die bestehenden Akteure wie Staaten und internationale Institutionen gemeinsam auf Grund ihrer Konkurrenzsituation dazu kollektiv nicht taugen – für sie fehlt auch jedes herrschende Interesse. Die benötigte Gütermenge kann hergestellt werden, die kaufkräftige Nachfrage wird befriedigt, die Verwertung der Einzelkapitale gelingt. Letzteres allerdings auf Kosten eines immanenten Widerspruchs: Mit den Strategien zu Erhöhung des absoluten (Arbeitszeitverlängerung) und des relativen Mehrwerts (Rationalisierung) wird der einzelne Profit stabilisiert und gleichzeitig die Quelle allen Profits, die Wert schaffende Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, beschnitten. Deshalb sind auch die Krisenlösungsstrategien des Kapitals erfolglos und die Spirale der Prekarisierung dreht sich immer schneller.

Es ist also offensichtlich, dass auch eine Vollbeschäftigung, mal angenommen, dass sie denn politisch wünschenswert wäre, gegen massive Interessen des Kapitals im Weltmaßstab durchgesetzt werden müsste. Eine Bewegung, die über solche Kraft verfügt, könnte sich aber sicherlich auch mehr vornehmen als nur die etwas gerechter verteilte Erlaubnis in der kapitalistischen Treitmühle entfremdete Arbeit verrichten und Mehrwert produzieren zu dürfen.

Dennoch blieben auch dann, wenn wir das denn anstreben sollten, eine ganze Reihe empirischer Befunde zu klären: Weltweit leben viele, nach manchen Quellen noch bis zu 2,5 Mrd. Menschen von der Landwirtschaft, fast ausschließlich in Subsistenz. Welcher Modernisierungsschub wäre mit ihrer Integration in formale Arbeitsmärkte verbunden? Schätzungen gehen davon aus, dass das von ihnen hergestellte Produkt auch mit einigen zig Millionen Beschäftigter in industrieller Landwirtschaft herstellbar wäre. Weltweit sind 30% der Menschen Kinder unter 15 Jahre. Sie hätten einen erheblichen Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen. In welchem Umfang sind heute schon Modernisierungen/Rationalisierungen möglich, die ebenfalls neuen Arbeitsplatzbedarf ergäben? In nicht-EU-Osteuropa z. B. liegt

die Erwerbstätigenquote 10% unter derjenigen der Industrieländer (51 im Vergleich zu 61): Ist das eine denkbare Größenordnung von schnellen Rationalisierungspotentialen in veralteten Ökonomien? Wie groß wäre das Produkt, das eine in Vollzeit von, sagen wir mal 25 Stunden die Woche, beschäftigte Menschheit herstellen würde? Würde das – unabhängig von der Aufnahmefähigkeit der Märkte, also rein von der stofflichen Seite her – von der Menschheit überhaupt sinnvoll verbraucht werden können? Was würde das ökologisch bedeuten? Vor Klärung dieser und ähnlicher Fragen muss auch hier festgestellt werden, dass „Vollbeschäftigung“ ein vollständig im nationalen Rahmen gedachtes Projekt und global nicht vorstellbar ist.

http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_arbeitsmarkt.shtml#Volumen

http://www.dsw-online.de/pdf/dsw_datenreport_05.pdf

<http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/download/get051.pdf>

Daniel Kreutz Manuskript zur Veranstaltung am 08.11.05 in Aachen: Grundeinkommen – Mittel gegen die Massenarmut?

<http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/SiG34.pdf>

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/hirsch.html>

Karl-Heinz Roth, der Zustand der Welt, Hamburg 2005 (erste – kürzere – Fassung unter:

<http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/SiG44.pdf>)